



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XI/20 - 24. Januar 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

RONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 089 890

Alarm um den Chefredakteur der dpa	S.1
Generalszind und Auslandshetze / Bericht aus Belgien	S.3
Dr. Adolf Arndt, MdB: Fragwürdige Erklärung des Bundeskanzlers	S.4
Ochen-Reuss 80 Jahre	S.5
Bonn und die Washingtoner Verhandlungen	S.6

Auf dem Wege zur Gleichschaltung?

p.r. Nur eine Woche ist vergangen, seitdem auf dem Kölner SPD-Kongress Adolf Arndt seine aufmittelnde Rede über die bedrohte Geistesfreiheit in der Bundesrepublik gehalten hat. Schneller als zu vermuten war, hat sich die Berechtigung dieses Cassandra-Rufes an einem drastischen Beispiel erwiesen.

Am Dienstagfrüh lagen Meldungen vor, die besagten, der Chefredakteur der Deutschen Presseagentur (dpa), Fritz Sänger, stehe seit etwa 14 Tagen, d.h. vor allem seit der letzten Aufsichterratssitzung dieser grössten deutschen Nachrichtenagentur, unter massivem Beschuss mit dem Ziel, ihn sobald als möglich von seinem Posten zu entfernen, den er seit der Gründung der Gesellschaft, bzw. ihrer Vorgängerin, des dpa, im Jahre 1947 inne hat. Der Grund für das Vorgehen gegen ihn ist in internen Gesprächen von seinen politischen Gegnern im Aufsichterrat und auch ausserhalb dieses Kreises oft genug genannt worden: Sänger ist Sozialdemokrat und deshalb politisch untragbar. Keinerlei Einwände gegen seine journalistischen Fähigkeiten, seine besondere berufliche Eignung gerade für diese wichtige Position, auch nicht gegen seine Redaktionsführung sind ernsthaft erhoben worden - gäbe es sie, hätte Sänger also gegen sachliche Voraussetzungen und festgelegte Richtlinien verstossen, so würde es ihm nicht gelungen sein, sich über die Bundestagswahl von 1949 und vor allem 1953 hinweg zu halten. Das weiss jedermann, der die Verhältnisse und die Personen kennt, die im Spiele sind.

Nun scheint man aber auf seiten der Interessenvertreter der Re-

gierung nicht mehr gewillt, sich noch einmal mit dem Bleiben von Sänger abzufinden. Diesmals soll auch er im Rahmen der umfassenden und konzentrischen Propagandaanstrengungen (die vom machtsichernden Wahlgesetz über die Ansammlung horrenden, aus Steuergeldern stammender Mittel bis zur Ausschaltung politisch unbequemer, weil nicht absolut willfahriger Einzelpersonen in Schlüsselstellungen reichen) über die Klinge springen. Alle Vorbereitungen sind getroffen, um aus der öpa ein Regierungsinstrument zu machen, ein neuer, grösserer Fall Sethe zeichnet sich ab. Vorgeschickt wurde der Chefredakteur einer grossen Tageszeitung, der schon lange aus seiner Abneigung gegen Sänger kein Hehl gemacht hat. Er hatte intern vor einem Kreis von Journalisten abgegebene Mitteilungen des öpa-Chefredakteurs über gewisse, der Bundesrepublik unbecueme Ansichten beamteter amerikanischer Politiker an Sänger in seiner Zeitung wiedergegeben und dadurch den Stein ins Rollen gebracht.

Hinzu kommt, dass seit einiger Zeit Verhandlungen mit sehr einflussreichen Kreisen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie über ihre finanzielle Beteiligung an der öpa geführt werden, die die Unabhängigkeit dieser Nachrichtenagentur beseitigen soll, da die Regierung selbst aus optischen Gründen diese Geldgeberrolle schlecht übernehmen kann. Für die Industrie aber ist die Entlassung Sängers Vorbedingung ihrer Beteiligung. Gegen die Angriffe auf die politische Abhängigkeit und die Umwandlung der öpa in eine Regierungsagentur hat sich ihr redaktioneller Leiter hartnäckig gewehrt.

Solche Verhandlungen hat im Namen der Regierung auch der frühere Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Otto Lenz geführt. Er gehört zu denen, in deren Händen die zentrale Führung in dem Kampf liegt, dessen Ziel es ist, die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik soweit es nur irgendmoglich ist, gleichzuschalten. Die Fäden laufen im Bundeskanzleramt zusammen. Dabei sind die Ambitionen des Dr. Lenz in dieser Richtung allgemein bekannt. Den ersten kräftigen Anlauf nahm er sehr bald nach der Septemberwahl 1953, als er auf die Schaffung einer dem Bundespresse- und Informationsamt übergeordneten Zentralstelle zur Lenkung der öffentlichen Meinung zusteuerte. Daran scheiterte er am Widerstand eben dieser öffentlichen Meinung. Doch nur vorübergehend gab er Ruhe, um nun auf Umwegen zum mindesten in die Nähe des ersehnten Zieles zu kommen, nach dem bewährten Rezept: Schritt für Schritt. Dass er im höchsten Auftrag handelt, bezweifelt niemand. Andererseits leisten ihm bei diesen Plänen seit Jahren eine Reihe von Verlegern Vorspanndienste.

Natürlich wird man dieses Ziel abstreiten und später vielleicht, wenn sich das nicht mehr glaubhaft machen lässt, recht harmlose Vorkabeln für dieses Attentat auf die Freiheit der Presse finden. Wahrscheinlich wird man bei alledem auch zögernder und mit etwas mehr taktischer Klugheit vorgehen, als dies im Verlaufe von gewaltsamen politischen Gleichschaltungen zu geschehen pflegt. Deshalb hat man ja auch verhältnismässig früh begonnen. Aber die Wegrichtung ist ebenso wie das Ziel das gleiche. Darüber sollte man sich ucrall rechtzeitig im Klaren sein.

Haltet den - Ausländer

pt, Brüssel

Nach elf Tagen angespanntester polizeilicher Suche konnte in Brüssel ein Mörder verhaftet werden, dessen Tat durch ihre Grauenhaftigkeit ganz Brüssel und Belgien in Atem gehalten hatte. Ein uralt alter pensionierter General, seine Schwägerin und seine mehr als fünfzig Jahre alte Hausangestellte waren in dem Hause des Generals an einem Sonntag Mittag mit einem Schraubenschlüssel niedergeschlagen und dann mit Telefonschnüren erdrosselt worden. Man tappte, als der Mord entdeckt wurde, völlig im Dunkeln. Trotzdem verkündeten Polizei und Presse nahezu einmütig und mit geradezu skandalöser Aufdringlichkeit, dass der Mörder ein - Ausländer sein müsse! Wohlgemerkt, ein "Ausländer", nicht etwa ein "Deutscher", was man bei einem gewissen Teil der Presse, der das Misstrauen gegen Deutschland und die Erinnerung an die Besetzung Hitlers pflegt, verstehen könnte. Aber man beschuldigte den "Ausländer" im allgemeinen der Tat. Wo man eine Nationalität nannte, war es "ein Mord, der auf einen Italiener als Täter" schliessen lasse. Man sprach sogar von zwei oder drei Ausländern, die die abackende Tat geplant und durchgeführt hätten. Die Polizei führte grosse Razzien durch - vornehmlich in Lokalen, in denen Ausländer verkehren.

Aber der Mörder, der schliesslich ergriffen wurde und gestand, war - der Hausfriseur des Generals, biederer Inhaber eines Friseurgeschäftes in der Nähe des Hauses des Generals und gebürtiger Brüsseler! Er hatte die Tat vollführt, nachdem ihm der General ein grösseres Darlehen zur Bestreitung rückständiger Raten seines Automobils verweigert hatte und weil er wusste, dass der General alten Kriegskameraden (aus dem ersten Weltkrieg) Darlehen gab und immer grössere Barsummen im Hause hatte. Er konnte die Tat vollführen, weil er als Hausfriseur von der sehr misstrauischen Hausangestellten ohne Schwierigkeit ins Haus gelassen wurde.

Das Personal einer grossen in Brüssel beheimateten Organisation - wohl mit ihren rund 50 ausländischen Angestellten die grösste - protestierte nach der Verhaftung des Mörders schriftlich bei der grössten Zeitung gegen die tagelange Hetze gegen die Ausländer, die anlässlich

des Mordfalles vor sich gegangen war. Das Blatt entschuldigte sich und schob die Schuld auf die Polizei. Die Polizeibehörden hätten den Journalisten gegenüber betont, dass "wohl nur Ausländer" die schreckliche Untat begangen haben konnten. Von der Polizei hört man nun, dass man das getan hätte, "um den Mörder in Sicherheit zu wiegen".

Der Protest des Personals der internationalen Organisation ist umso schwerwiegender, als dasselbe Brüssel, das gern alle Untaten Ausländern in die Schuhe schiebt, offiziell bei der Regierung beantragt hat, die Stadt als "Sitz der europäischen Behörden", als "Hauptstadt Europas" zu empfehlen: Dasselbe Brüssel will im Jahre 1958 eine Weltausstellung abhalten und rechnet mit dem Besuch von Millionen "Ausländern". Die belgische Polizei und die belgische Presse, die bei jedem Verbrechen ruft "Haltet den - Ausländer" sollte auch bedenken, dass die Kohlenbergwerke, die Grundstoffindustrie des Landes nur dadurch arbeiten können, dass man 160 000 Ausländer, vor allem Italiener, aber auch Deutsche, Polen, Jugoslawen, in ihnen beschäftigt.

+ + +

Der Bundeskanzler in Andernach

von Dr. Adolf Arnät, MdB

Nach übereinstimmenden Pressemeldungen soll der Kanzler vor den Freiwilligen in Andernach gesagt haben:

"...Das deutsche Volk sieht in Ihnen die lebendige Verkörperung seines Willens, seinen Teil beizutragen zur Verteidigung der Gemeinschaft der freien Völker, der es heute wieder mit gleichen Rechten und Pflichten wie die anderen angehört. Das einzige Ziel der deutschen Wiedervereinigung ist es, zur Erhaltung des Friedens beizutragen..."

In der Bundesrepublik lebt aber nur ein Teil des deutschen Volkes. Solange die Deutschen aus Berlin (West und Ost), aus dem sowjetisch kontrollierten Gebiet östlich des Eisernen Vorhangs und von der Saar noch nicht wieder mit den Deutschen in der Bundesrepublik vereint sind, kann man nicht sagen, dass "es" - das deutsche Volk - heute wieder mit gleichen Rechten und Pflichten der Gemeinschaft der freien Völker angehört. Man sollte im Gegenteil keine Gelegenheit versäumen, um immer wieder zu betonen, dass es dem deutschen Volke, soweit es an der Saar, in Berlin und östlich des Eisernen Vorhangs lebt, noch immer versagt ist, der Gemeinschaft der freien Völker anzugehören.

Mindestens ungenau ist auch die Behauptung von den gleichen - 5 -

Rechten und Pflichten. Die Pariser Verträge haben den westlichen Vertragspartnern nicht nur das entscheidende Wort über die Wiedervereinigung auch rechtlich vorbehalten, sondern diesen Vertragspartnern vorerst die von ihnen in Anspruch genommenen Notstandsbefugnisse belassen.

Der Bundeskanzler konnte sich keinen Ort wählen, der ungeeigneter war als Andernach, um Erklärungen abzugeben, die politisch so fragwürdig und anfechtbar sind und der Legende von einem freien Bundesvolk Vorschub leisten können. Dagegen Verwahrung einzulegen, ist immer und immer wieder unsere Pflicht.

+ + +

Ein tapferer Streiter der Sozialdemokratie

pl. Die Zahl der ehemaligen führenden Sozialdemokraten der Weimarer Zeit schmilzt rapide zusammen. Einer der letzten, der die Augen schloss, war der ehemalige preussische Ministerpräsident Otto Braun. Die wenigen, die noch übrig bleiben, haben das 80. Lebensjahr überschritten. Zu ihnen gehört mit dem 31. Januar das einstige Mitglied des Reichswirtschaftsrates und des Reichstages, Max Cohen-Reuss, wie er nach seinem thüringischen Wahlkreis genannt wurde.

Von Hause aus war Cohen allerdings kein Thüringer, sondern ein Sohn des Rheinlandes, der seinen politischen Lebensgang 1903 in Frankfurt/Main begann, wo ihn die Arbeiter in die Stadtverordneten-Versammlung wählten und wo er sich rasch zu einem Sachverständigen der gemeindlichen Selbstverwaltung und der Kommunalpolitik überhaupt entwickelte. Sein Wirkungskreis wurde durch einen Zufall nach Berlin verlegt. Die dortigen Soldatenräte entsandten ihn als Wortführer in den Zentralrat, in dem er zu den rührigsten Mitgliedern zählte. Scharf nahm er gegen die spartakistischen Strömungen Stellung. So trat Cohen auch in die politischen Meinungskämpfe der Sozialdemokratischen Partei ein. Er schrieb regelmässig in den "Sozialistischen Monatsheften" von Josef Bloch und vertrat eine kontinental-europäische Wirtschaftspolitik mit einer gewissen Spitze gegen den grössten Rivalen: Grossbritannien. Dabei geriet er in die Reihen der vielfarbigen Rechtsopposition der Eduard Bernstein, Eduard David, Heinrich Braun und Parvus.

Der Nationalsozialismus trieb auch diesen gemässigten Evolutions-

Politiker aus seiner deutschen Heimat. Cohen liess sich 1933 in Paris nieder, wo er mit vielen Mühen eine Existenz zu gründen suchte. Dass er mit dem Herzen noch immer an seinem Geburtslande und an der Sozialdemokratischen Partei hängt, beweisen die Artikel, die er seitdem in den deutschen Parteiblättern schreibt. Wir senden dem Kampfgenossen unseren herzlichen Gruss!

+ + +

" Nicht die Wiedervereinigung vergessen ... "

ler. Eine sanfte Erinnerung an den britischen Ministerpräsidenten Eden, bei seinen kommenden Gesprächen mit Eisenhower doch nicht die deutsche Wiedervereinigung zu vergessen, ist das einzige, was das offizielle Bonn zu der Begegnung angelsächsischer Staatsmänner zu sagen hat. Wie wenig das aber praktisch zu bedeuten hat, geht schon daraus hervor, dass dem Stab Edens kein Europasachverständiger angehört, man hat darauf verzichtet, weil das Reiseprogramm zwar vieles, aber nicht die Erörterung europäischer oder gar deutscher Angelegenheiten enthält. Die Briten drücken jetzt ganz andere Sorgen. Der potentielle Brandherd im Nahen Osten steht für sie mehr im Vordergrund aller Überlegungen als die Deutschlandfrage.

Von ihrem Standpunkt aus gesehen, besteht sowohl für Grossbritannien als auch für die USA kein zwingender Anlass, dieses heisse Eisen erneut anzufassen, im Gegenteil, die Saat, die sie mitgesät haben, wollen sie erst reifen lassen. Die Gleichgültigkeit, mit der London und Washington die Tatsache der Bildung einer zweiten deutschen Armee im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands entgegennehmen, ist bedrückend; man habe, heisst es in offiziellen und halboffiziellen Äusserungen, diesen für Deutschlands Zukunft so entscheidenden Vorgang vorausgesehen und könne deshalb nicht überrascht sein. Der Gedanke, dass die nun mit unheimlicher Konsequenz eintretende Entwicklung der Bildung zweier deutscher Armeen ohne gemeinsames Vaterland nach vollendeter Aufrüstung einen Brandherd schafft, der an Grösse und Gefährlichkeit die bisher bestehenden Brandherde übertreffen wird, ist noch nicht in das allge-

meine Bewusstsein gedrungen.

Das offizielle Bonn scheint sich damit abgefunden zu haben. Seine Hauptsorge gilt der Aufrüstung, und nur zu gern werden Mahnungen von jenseits des Atlantik vernommen, das Tempo der westdeutschen Wiederbewaffnung zu beschleunigen. Weiss dieser amerikanische Untersuchungsausschuss nicht, dass eine im Eiltempo vollzogene Aufrüstung auf Kosten der freiheitlichen Grundlagen der Bundesrepublik geht, dass durch einen überstürzten Aufbau der westdeutschen Streitkräfte das Bemühen des Parlaments, eben diese Streitkräfte in die Verfassung so einzubauen, dass sie nicht zu einer Gefahr werden, recht nachdrücklich beeinträchtigt wird?

Den amerikanischen Senatoren, die Westdeutschland besuchten und dann ihre Anklagen erhoben, sind freilich nicht die psychologischen Schwierigkeiten entgangen, denen die bundesrepublikanischen Aufrüstungsapostel begegnen. Sie führen im Kern auf den weitverbreiteten Glauben vieler Deutscher aller Schichten zurück, die Wiederbewaffnung werde die Teilung Deutschlands verlängern. Ist das nur ein Glaube? Dieser Glaube wurde in den letzten Tagen zur bedrückenden Gewissheit, denn das, was sich vor unser aller Augen vollzieht, ist doch die Errichtung neuer Gebirge auf dem Wege zur Wiedervereinigung. Die Politik der Stärke hat sich in den letzten Jahren selbst widerlegt, aber immer tut man noch so, als ob sie das allein gültige Rezept wäre.

Das, was vielleicht noch vor fünf Jahren Berechtigung hatte, ist durch die Entwicklung längst hinfällig geworden. Das hat sogar einer der bisher profiliertesten Vertreter einer Politik der starren Unnachgiebigkeit erkannt, der republikanische Fraktionsvorsitzende im USA-Senat, Knowland. Er plädierte dafür, dass bei der Herausarbeitung verhandlungsfähiger Fragen die USA vernünftig sein und anerkennen sollten, dass sich "die Situation in der Welt verändert und eine Politik, die vor fünf Jahren oder vor einem Jahr klug war, heute einer Änderung bedürfen kann." Das ist gewiss sehr vorsichtig ausgedrückt, aber doch ein unverkennbarer Ausdruck des Unbehagens und des Zweifels über die Gültigkeit des bisher eingeschlagenen Weges. Wenn sich schon die grosse und mächtige USA zu einer schmerzhaften Überprüfung ihrer gesamten Aussenpolitik im Lichte von neuen Tatsachen veranlasst sehen, wie viel mehr gilt dies für die Bundesrepublik, die als Teil Deutschlands doch selbst ein gut Stück von Verantwortung für das die Welt in Spannung haltende Ringen um Gesamtdeutschland trägt. Hier sind freilich nicht einmal die Ansätze zu einem neuen Denken und kühner Initiative zu verzeichnen. Man begnügt sich gelegentlich mit unverbindlichen Erinnerungen ...

+ + +

Berichtigung: In unserem gestrigen Leitartikel hiess es auf Seite 1:
- die staatliche Wirtschaftspolitik habe auch die 'unentgeltlich' Beschäftigten benachteiligt. Gemeint waren die unselbständig Beschäftigten.

+ + +